



Transnationale Unternehmen und Konflikt. Zur Gewaltförmigkeit politisch-ökonomischer Ordnung

Hannah Franzki · Christian Scheper · Carolina A. Vestena

Angenommen: 9. Dezember 2024 / Online publiziert: 17. Dezember 2024
© The Author(s) 2024

Transnational agierende Unternehmen sind prägende Akteure und Institutionen der globalen politischen Ökonomie. Sie sind auch zentral für die Friedens- und Konfliktforschung (FuK), denn sie sind untrennbar und auf vielfache Weise mit gesellschaftlichen Gewaltphänomenen verbunden. Wir denken vielleicht zunächst an eskalative Situationen wie die gewaltvolle Niederschlagung von Streiks oder die Verfolgung von Gewerkschaften, vielleicht auch an Zwangsarbeit und private Sicherheitsfirmen. Die Zusammenhänge gehen aber viel weiter. Vor allem gibt es diverse Formen gesellschaftlicher Gewalterfahrungen unterhalb der offensichtlichen Eskalation: grassierende Armut, Ungleichheit oder die Marginalisierung gesellschaftlicher Gruppen, tief liegende gesellschaftliche Phänomene also, die sowohl in sich gewaltvoll sein können, als auch das Aufkommen eskalierender politischer Gewaltsituationen erklärbar machen können. Wir können auch an die wachsende Gewalt gegen zivilgesellschaftliche oder gewerkschaftliche Organisationen denken, die Verhinderung von politischen Demonstrationen und Streiks durch repressive Rechts- und Regulierungspraktiken, die Aneignung von Land und Ressourcen oder alltägliche, häufig eher unsichtbare gesellschaftliche Ausbeutungspraktiken. Viele dieser Formen ge-

✉ Hannah Franzki

INTERACT Interdisziplinäres Zentrum für Friedens- und Konfliktforschung, Otto-Suhr-Institut, Freie Universität Berlin, Berlin, Deutschland
E-Mail: h.franzki@fu-berlin.de

Christian Scheper

Institut für Entwicklung und Frieden, Fakultät für Gesellschaftswissenschaften, Universität, Duisburg-Essen, Duisburg, NRW, Deutschland
E-Mail: christian.scheper@uni-due.de

Carolina A. Vestena

Fachgebiet für Politische Theorie, Fachbereich Gesellschaftswissenschaften, Universität Kassel, Kassel, Hessen, Deutschland
E-Mail: carolina.vestena@uni-kassel.de

sellschaftlicher Gewaltphänomene sind mit Unternehmen oder mit Versuchen ihrer Regulierung und Kontrolle eng verbunden. Häufig stellen unternehmerische Aktivitäten auch Hintergründe für die weitere Eskalation von Gewalt dar.

Mit diesem Schwerpunktthema möchten wir drei Zusammenhänge zwischen Unternehmen, gesellschaftlichen Konflikten und ihrer Gewaltförmigkeit aufzeigen, die in verschiedenen Forschungsfeldern eher fragmentarisch und in der Friedens- und Konfliktforschung bislang kaum diskutiert werden. Erstens wollen wir Konflikt und Gewalt in der politischen Ordnung selbst verorten. Die Ursachen von Gewalt werden bisher meist an den Rändern von Ordnungen oder als Folge des Zusammenbruchs von Ordnungen gesehen und weniger in der Ordnung selbst begründet. Werden Konflikte hingegen innerhalb der Ordnung begriffen, könnte dies aus unserer Sicht die Schnittmengen und Dialogfähigkeiten der FuK mit Nachbardisziplinen wie der politischen Ökonomie, der Bewegungsforschung, der Geografie und der Rechtssoziologie erhöhen.

Zweitens schlagen wir vor, transnationale Unternehmen (TNU) als Akteure und Institutionen gewaltsamer politischer Ordnung zu begreifen und nicht lediglich als private Akteure (Barkan 2013). In vielen akademischen und politischen Debatten, wie zum Beispiel im Feld *Business and Human Rights*, dominiert weiterhin die Annahme, transnationale Unternehmen seien mehr oder weniger private Akteure, die sich bloß zu politischen Konflikten verhalten (sollen oder müssen). TNU werden z. B. als „Normverletzer“ oder „Normbefolger“ gesehen, manchmal auch „Norm-Entrepreneurs“ (Flohr et al. 2010). Ihre Macht, ihr Einfluss und ihre Handlungskapazitäten scheinen dabei mehr oder weniger natürlich zu existieren und werden nicht als Ursache und/oder Ergebnis politischer Ordnung hinterfragt. Vor allem die Rolle des Rechts in der Konstitution von Unternehmen und damit auch für die aus ihrer Macht resultierenden Konflikte wurde in der FuK bisher eher punktuell beleuchtet. Uns geht es demgegenüber darum, stärker die konstitutiven Praktiken und Institutionen in den Blick zu nehmen, die der Akteursqualität von Unternehmen zugrunde liegen (Danielsen 2006). Schließlich sind Unternehmen keine natürlichen Akteure, sondern gehen aus dem Recht als juristische Konstrukte hervor (Pistor 2019). Zu den konstitutiven Elementen gehören beispielsweise Rechtsformen von Unternehmen oder Diskurse über angemessene Geschäftspraktiken. Wir sehen daher eine breite Auseinandersetzung mit dem juristischen Feld als produktiv für ein Verständnis des Zusammenhangs zwischen Unternehmen und Gewaltphänomenen.

Drittens wollen wir den historisch spezifischen, *politischen* Charakter von TNU im Hinblick auf Gewaltphänomene innerhalb des kapitalistischen Systems erfassen. Er liegt in der grundsätzlichen Konflikthaftigkeit unternehmerischen Handelns, das privaten Profitinteressen folgt, dabei aber immer auch Bedeutung für ein größeres Gemeinwesen hat. Besonders deutlich wird dies bei großen TNU, etwa durch die weitreichende Prägung politischer Entscheidungen und rechtlicher Ordnungen, durch die Ausbeutung natürlicher Ressourcen und abhängiger menschlicher Arbeit, durch technische Innovationen und damit verbundene gesellschaftliche Transformationen oder auch durch die Prägung von Produktions- und Konsumkulturen und damit verbundenen Lebensstilen. Die aktuellen Konflikte um das Für und Wider der

Fabrikproduktion des US-amerikanischen Autoherstellers Tesla in Brandenburg,¹ in denen das Problem der Wasserknappheit der Region mit umstrittenen Ideen um neue Elektromobilität sowie Hoffnungen und Skepsis gegenüber neuen Produktionsweisen („Gigafactory“, „humanoide Roboter“) zusammenkommen, sind ein Beispiel dafür. Dieser genuin politische, konflikthafte Charakter tritt häufig in den Hintergrund, wenn Unternehmen als quasi neutrale Akteure wahrgenommen werden, die durch ihr Handeln zwar positive und negative Auswirkungen auf die Gesellschaft haben können, dies aber zunächst aus der Position eines vermeintlichen Allgemeininteresses heraus geschieht, solange sie sich an bestehende Regeln und Normen halten. Wie andere Akteure der globalen Wirtschaft (Gewerkschaften, Interessenverbände u. a.) sind Unternehmen aber niemals neutrale Akteure, sondern sowohl Ergebnis als auch Mitverursachende politischer Prozesse. Eine genuin politische Perspektive auf TNU erscheint uns daher angemessen, um Konflikt- und Gewaltphänomene an der Schnittstelle von Wirtschaft, Recht und Politik zu untersuchen.

Mit diesem Sonderheft stellen wir TNU bei der Analyse von gewaltförmigen Konflikten in den Mittelpunkt. Die FuK kann einen wichtigen Beitrag dazu leisten, die in verschiedenen Forschungsfeldern parallel geführten Debatten zu integrieren und im Hinblick auf die Analyse von Konflikt und Gewalt zu bündeln. Eine systematische Betrachtung transnationaler Unternehmen gibt wiederum Impulse für Diskussionen zum Gewalt- und Konfliktbegriff innerhalb der FuK, die auch jenseits der Betrachtung transnationaler Unternehmen relevant sind. Unser Plädoyer, TNU als Gegenstand der FuK in den Fokus zu rücken, fügt sich ein in ein vermehrtes politisches Interesse an TNU und an der Frage, wie den negativen Auswirkungen unternehmerischen Handelns begegnet werden kann. Dieses Interesse zeigt sich zum Beispiel in der internationalen Debatte über die menschenrechtliche Verantwortung von Unternehmen („Business and Human Rights“). Wir verstehen sie als eine zeitgenössische Wendung der Frage nach der Relevanz der (internationalen) politischen Ökonomie für die Analyse von Konflikten, die in der Vergangenheit unter anderen ontologischen und normativen Vorzeichen diskutiert wurde.

Bevor wir unsere transdisziplinäre Perspektive auf TNU und Konflikt darlegen und die Beiträge des Sonderhefts vorstellen, skizzieren wir im nächsten Abschnitt zunächst diese Forschungskonjunktoren etwas eingehender. Wir möchten damit aktuelle Perspektiven auf transnationale Unternehmen in der Landschaft der unterschiedlichen Ansätze verorten und gleichzeitig die gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen reflektieren, unter denen sich bestimmte Forschungsperspektiven durchsetzen.

1 Wirtschaftliche Dimension von Konflikten in der Forschung

Die FuK hat sich in den letzten zwanzig Jahren vermehrt TNU und ihrer Rolle in Konflikten zugewendet. Dies scheint in erster Linie eine Reaktion auf die erhöhte

¹ Für einen journalistischen Überblick über die Proteste, die im März 2024 stattgefunden haben, und ihre juristischen Folgen siehe: <https://www.zdf.de/nachrichten/wirtschaft/unternehmen/tesla-werk-gelaende-gruenheide-aktivisten-protest-100.html> (Letzter Zugriff am 20.10.2024).

Anzahl und gewachsene Sichtbarkeit von Unternehmen als Akteuren auf internationaler und nationaler Ebene zu sein. TNU und im weiteren Sinne die globale politische Ökonomie sind für die FuK dabei keine neuen Themen. Ihre Betrachtungsweise hat sich jedoch mit der Verschiebung gesellschaftlicher Debatten und mit disziplinären Zuspitzungen über die Jahre verändert. Der derzeitige Fokus auf die Rolle von Unternehmen in verschiedenen Konflikten sowie auf ihre rechtliche und soziale Verantwortung für Menschenrechtsverletzungen ist eine spezifische Art, sich dem Verhältnis von Wirtschaft, Konflikten und ihrer Gewaltförmigkeit zu nähern. Bevor wir uns aktuellen Forschungsansätzen widmen, möchten wir überblicksartig frühere Debatten zur Verbindung von Wirtschaft und Konflikt in Erinnerung rufen.² Dies ermöglicht uns, die Spezifika der aktuellen Debatten über das Verhältnis von transnationalen Unternehmen und Konflikt zu beleuchten und Anknüpfungspunkte für zukünftige Forschung zu identifizieren.

1.1 Arbeitnehmer:innenschutz

Die 1919 ins Leben gerufene Internationale Arbeitsorganisation (IAO) steht heutzutage in der ersten Linie für den Interessenschutz von Arbeitnehmer:innen weltweit. Wenige würden sie als zentrale Institution der Friedenssicherung einstufen. Der Kampf um Arbeiter:innenrechte, also um eine gerechte Verteilung des von Arbeiter:innen erwirtschafteten Mehrwerts, ist im Rahmen des Menschenrechtsschutzes in der globalen Wirtschaft derzeit wieder Thema der FuK. Den Konflikt zwischen Arbeit und Kapital betrachtet die Konfliktforschung aber schon länger nicht mehr als Kernthema der Friedensforschung. Uns daran zu erinnern, dass die IAO nach dem Ersten Weltkrieg mit dem Vertrag von Versailles zur Sicherung des internationalen Friedens ins Leben gerufen wurde (Bellucci und Weiss 2020a; Maul et al. 2019), eröffnet die Frage nach den Konjunkturen, die Arbeitsrechte und Arbeitnehmer:innenschutz in der FuK seither erfahren haben.

Die Präambel des Gründungsstatuts der IAO aus dem Jahr 1919 stellt eine klare Verbindung zwischen Krieg und der Situation der Arbeiter:innen her. Sie lautet:

„Der Weltfriede kann auf die Dauer nur auf sozialer Gerechtigkeit aufgebaut werden. Nun bestehen aber Arbeitsbedingungen, die für eine große Anzahl von Menschen mit so viel Ungerechtigkeit, Elend und Entbehrungen verbunden sind, daß eine Unzufriedenheit entsteht, die den Weltfrieden und die Welt-eintracht gefährdet“ (Internationales Arbeitsamt 1999).

Die Forschung zur Geschichte der IAO beschreibt ihre Gründung weniger als direkte Reaktion auf den Ersten Weltkrieg, denn als Resultat langjähriger Konfliktlinien zwischen der Forderung der Arbeiter:innenbewegung nach mehr sozialer Gerechtigkeit angesichts der voranschreitenden Industrialisierungen einerseits und dem Interesse an Stabilität kapitalistischer westlicher Staaten andererseits (Tosstorff

² Dieser Abriss basiert auf der Auswertung der Zeitschriften *ZeFKo*, *Friedens-Warte*, *Sicherheit und Frieden*, *Wissenschaft und Frieden*, sowie der Zeitschriften *Prokla* und *Peripherie*. Die Konjunkturen sind dabei zwar wenig überraschend, aber dennoch interessant, vor allem weil sie für einige Konfliktforscher:innen, die in den letzten dreißig Jahren akademisch sozialisiert wurden, unbekannt sein dürften.

2005; Bellucci und Weiss 2020b; Kott 2017). Dabei gehen die Einschätzungen der Forscher:innen auseinander, ob die Akteure, die sich für die Etablierung der IAO eingesetzt haben, von der Notwendigkeit sozialer Gerechtigkeit für den Weltfrieden überzeugt waren oder ob sie die Institution lediglich als Bollwerk gegen radikale Forderungen nach Umverteilung sahen. Unabhängig von diesen Differenzen führt uns der Blick auf den Entstehungskontext der IAO zu den zentralen Debatten der damaligen Zeit, die eng mit den historischen Umständen verbunden waren: einer starken, teilweise internationalisierten Arbeiter:innenbewegung, der Systemkonkurrenz und den sich daraus ergebenden Zugeständnissen und der Rechtfertigungsnot kapitalistisch organisierter Demokratien (Kott 2019). Die wirtschaftliche Dimension des Weltfriedens wird also zu Beginn des 20. Jahrhunderts im Rahmen der Frage nach der Friedfertigkeit bestimmter Gesellschaftsordnungen debattiert. Die IAO ist Kristallisationspunkt und Projektionsfläche der damaligen gesellschaftlichen Kämpfe, die auch in den stark normativ geprägten Beiträgen in der Zeitschrift *Friedens-Warte* zum Ausdruck kommen (vgl. z. B. Métall 1928).

Was in den damaligen deutschsprachigen Beiträgen zu den ersten Jahren nicht reflektiert wird, aber zentraler Bestandteil der Aktivität der IAO zwischen den beiden Weltkriegen war, ist die Frage nach dem Umgang mit der sogenannten „*native labour*“ in den Kolonialgebieten. Unter der sogenannten „Kolonialklausel“ (Art. 35) konnten die Mitgliedstaaten selbst entscheiden, ob die neuen arbeitsrechtlichen Standards auch in Überseegebieten Anwendung finden sollten. Die meisten Mitgliedstaaten schlossen ihre Kolonien davon aus, weil Zwangsarbeit wichtiger Bestandteil der Kolonialökonomien war (Maul et al. 2019). Im Zuge abolitionistischer Bestrebungen wurde 1930 das Abkommen über Zwangs- oder Pflichtarbeit angenommen (1932 in Kraft getreten), welches ebenfalls eine Ausnahmeklausel enthielt. Damalige Debatten ähneln aktuellen Positionen, die argumentieren, dass sich Europa im transnationalen Kapitalismus keinen globalisierten Arbeitnehmer:innenschutz leisten könne. Sich den Gründungskontext der IAO ins Gedächtnis zu rufen, heißt, die koloniale Differenz im internationalen Arbeitnehmer:innenschutz anzuerkennen. Das bedeutet, dass auch die (nur) vom Namen her internationalen Arbeitsrechte von Anfang an durch die Ausnahme für bestimmte Gebiete und Personen gekennzeichnet sind. Die aktuelle Forschung zur Gründung der IAO verweist vor diesem Hintergrund und unter Bezug auf Ansätze zu *racial capitalism* auch auf die konstitutive Rolle (legalisierter) unfreier Arbeit in den Kolonien für die Entstehung und Reproduktion eines globalisierten Kapitalismus (Blackett 2020; Hammoudi 2022). Der Blick auf das Entstehungsmoment der IAO ist für die Gegenwart relevant, denn ihre Konventionen zur Zwangsarbeit (Übereinkommen Nr. 29 von 1930 und Nr. 105 von 1957) sind unter anderem Grundlage aktueller Bestrebungen zur transnationalen Regulierung sogenannter moderner Sklaverei, zum Beispiel des UK Modern Slavery Act und des deutschen Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LeBaron 2020; Kaltenborn 2023).

Arbeitskämpfe sind als zentraler gesellschaftlicher Konflikt, als Manifestation des Strukturkonflikts zwischen Kapital und Arbeit, immer wieder Gegenstand der FuK gewesen. Der Konflikt zwischen Kapital und Arbeit wird in der Einführung von Imbusch und Zoll auch als Gegenstand der FuK aufgeführt (Imbusch und Zoll 2010), taucht aber in einer neueren Einführung von Ines-Jacqueline Werkner nicht mehr auf (Werkner 2020). Dies ist symptomatisch für die Verschiebung hin zu einem

engeren Gewaltbegriff in der FuK, der sich auf bewaffnete Konflikte konzentriert und damit Fragen nach den Ursachen und Ausprägungen der Gewaltförmigkeit politisch-ökonomischer Ordnungen weitaus weniger thematisiert als Momente ihres Zusammenbrechens oder Eskalierens.

Wenn der Blick heute wieder auf Gewalt im Kontext transnationaler Organisation von Arbeits- und Produktionsprozessen gerichtet wird, dann ist dieser Fokus also nicht neu, er geschieht aber unter anderen wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Vorzeichen. Die Auseinandersetzung mit den Debatten um die Entstehung der IAO, die Verbindung von sozialer Frage und Weltfrieden sowie die koloniale Dimension internationaler Arbeitsrechte wirft wichtige Fragen auf, die in den aktuellen Diskussionen um Lieferkettenregulierung meistens ausgeklammert werden. Die Folgen der Covid 19-Pandemie haben dazu beigetragen, das Thema „Gewalt in der Arbeitswelt“ wieder stärker in den Fokus der FuK zu rücken. Beiträge eines ZefKo-Forums widmeten sich Aspekten des sozialen und ökonomischen Zusammenbruchs, thematisierten die durch Arbeiter:innen erlebte Gewalt in der Pandemie und plädierten für eine stärkere Berücksichtigung von sozio-ökonomischen Konflikten in der FuK (Scheper und Vestena 2020).

1.2 Wirtschaftsordnung und Konflikt

In der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen wurden Unternehmen und insbesondere die Rüstungsindustrie zum Ankerpunkt für eine Kritik an der kriegstreibenden Dynamik des Kapitalismus. Vor dem Hintergrund der Systemkonkurrenz, in der sozialistische Kräfte den Sozialismus als Schlüssel für den Weltfrieden präsentierten, stand die Verantwortung von Kartellen (Monopolkapitalismus) für das deutsche Kriegshandeln im Vordergrund. Zwar ist die genaue Verantwortung der Unternehmen für den Aufstieg des Nationalsozialismus in der historischen Forschung nach wie vor umstritten (Turner 1969; Nolte 1969; Pauwels 2017; Tooze 2008), aber die sozialwissenschaftlichen und historischen Analysen entwickeln unterschiedliche Zugänge, die es erlauben, die Rolle einzelner Akteure, vor allem von Unternehmen, in Verbindung mit wirtschaftspolitischen Ordnungen in den Blick zu nehmen (siehe den Aufsatz von Franzki in diesem Heft).

Die Frage, ob der fehlende moralische Kompass einzelner „Geschäftsmänner“ für die Unterstützung und Beteiligung deutscher Unternehmen am Krieg verantwortlich ist oder sich die umfangreiche Beteiligung nur vor dem Hintergrund der Notwendigkeit einer Kapitalakkumulation erklären lässt, beschäftigte auch die Richter in den Nürnberger Industriellen-Prozessen (Priemel 2012; Lustig 2020). Für eine heutige Analyse der Verantwortungszuschreibungen an TNU in Konflikten lassen sich aus der Betrachtung der Debatten um die Beteiligung von deutschen Industriellen (mindestens) zwei Hinweise mitnehmen: erstens, dass in der Auseinandersetzung um die Verantwortung von Unternehmer:innen/Unternehmen (und ihr Verhältnis zum staatlichen Handeln) immer auch die Friedfertigkeit wirtschaftlicher Ordnungen mit verhandelt wird (wenn auch implizit); zweitens, dass die derzeit dominante Debatte um Unternehmensverantwortung auf individuelle Entscheidungen fokussiert und dazu verleitet, wirtschaftliche Struktur- oder Systemdimensionen (z.B. konstituierende Funktionen des Rechts oder das Verhältnis privater und staatlicher Institutio-

nen) nicht in die Analyse mit einzubeziehen. Dies ist auch symptomatisch für eine Vielzahl aktueller Beiträge aus dem Bereich „Wirtschaft und Menschenrechte“.³

In der unmittelbaren Nachkriegszeit standen nicht Unternehmen im Zentrum der Debatte, sondern die Frage nach einer friedensfördernden internationalen Wirtschaftsordnung. Die globale wirtschaftliche Integration wurde als zentraler Baustein einer internationalen Friedensordnung gesehen. In der deutschsprachigen FuK begegnet uns diese erst wieder in Zeiten der ersten Krise (Petersmann 1976). In Reaktion auf die multiplen sozioökonomischen Krisen, die sich 1973 zuspitzen, fragt zum Beispiel Petersmann „nach der innovativen, konfliktlösenden oder auch hemmenden Rolle und Eignung des Wirtschaftsvölkerrechts als eines Instruments friedlichen Wandels der Weltwirtschaftsordnung“ (Petersmann 1976: 10). Er reagiert damit auch auf die Bestrebungen, eine Neue Weltwirtschaftsordnung zu etablieren, die die Interessen des Globalen Südens stärker berücksichtigt.⁴

Weniger bekannt ist, dass in dieser Zeit auch die ersten Forderungen nach der Regulierung transnationaler Unternehmen im internationalen Recht aufkamen. Mit der neu erlangten Unabhängigkeit vieler ehemaliger Kolonien stellte sich die Frage, welchem Recht die Unternehmen unterliegen sollten, die von den Kolonialmächten Konzessionen zum Rohstoffabbau in den Kolonien erhalten hatten. So war es zum Beispiel umstritten, zu welchen Konditionen sie nationalisiert werden konnten. Während ehemalige Kolonisatoren sich für ein internationales Investitionsschutzrecht einsetzten, forderten viele Länder des Globalen Südens eine neue Weltwirtschaftsordnung, die auch einen Kodex für das Verhalten von Unternehmen beinhaltete. Insbesondere der chilenische Präsident Allende machte sich in der UN für eine internationale Regulierung der damals so genannten multinationalen Unternehmen stark (Lustig 2020; Pahuja und Saunders 2019; Allende 1973). So sehr diese Fragen internationale Jurist:innen auch beschäftigten, so war es damals doch eher die strukturelle Ungleichheit auf internationaler Ebene, die in Form von Johan Galtungs Begriff der strukturellen Gewalt Eingang in die FuK fand (Galtung 1969).

Gerade in den 1970er Jahren erlebte die Weltwirtschaft den Höhepunkt der Transnationalisierungsprozesse von Volkswirtschaften, die durch Geschäftspraktiken des Outsourcings und Offshorings als Reaktion auf unternehmerische Profit- und staatliche Schuldenkrisen gekennzeichnet waren (Gereffi et al. 1994; Porter 1998). Es entstanden die heute strukturell prägenden Praktiken globaler Wertschöpfung und -aneignung. Während die FuK ihre Aufmerksamkeit stärker auf bewaffnete Konflikte richtete und Konflikte am Arbeitsplatz in den Hintergrund rückten, wuchs die Macht transnationaler Unternehmen. Nachdem transnationale Konflikte entlang der Spaltung zwischen Kapital und Arbeit bereits lange vorher bestanden hatten, riefen dieses Wachstum und das Aufkommen globaler Produktionsnetzwerke neue Dimensionen gewaltförmiger Konflikte entlang rassifizierter und geschlechterbasierter Hierarchien hervor (Sproll 2022; Tsing 2009; Selwyn 2019, Vestena und Scheper in diesem Heft). Die Dependenz- und Weltsystemtheorie befasst sich zwar umfassend mit dem Konfliktpotenzial zwischen Peripherie und Zentrum, aber diese Debatte

³ Wie immer gibt es nennenswerte Ausnahmen, z. B. Dietz und Engels (2020).

⁴ Das Projekt der Neuen Weltwirtschaftsordnung hat in den letzten Jahren vermehrt Aufmerksamkeit erlangt, siehe Venzke (2018); Anghie (2015); Veit und Fuchs (2023).

wurde in der FuK nur am Rande beachtet und führte weder zu einer Ausweitung des Gewaltbegriffs noch zu einer umfassenden Auseinandersetzung über sozioökonomische Konflikte im Kern der Disziplin.

Im Kontext der globalen Integration der Weltwirtschaft im Zeichen neoliberaler Strukturanpassungsmaßnahmen und des Abbaus von Handelsbarrieren sind TNU wieder stärker auf der Agenda der FuK aufgetaucht, sowohl als lokale Konfliktakteure, insbesondere im Kontext von Rohstoffkonflikten (Pye 2017; Dietz 2017), Landgrabbingprozessen (Sändig und Schramm 2016; Schlimmer 2017) oder als einflussreiche politische Akteure auf internationaler Ebene. Anknüpfungspunkte bestehen dabei zu eher global-politischen Konfliktanalysen im Feld der Internationalen Politischen Ökonomie, in denen aber der Klassenkonflikt als zentraler Ausgangspunkt und weniger als zu erklärender Gegenstand im Vordergrund von Analysen internationaler Beziehungen steht. Kriege und bewaffnete Konflikte werden allerdings durchaus damit erklärt (Bieler und Morton 2018).

1.3 Zusammenbruch von Ordnung als Konfliktursache

Des Weiteren beschäftigte sich die Forschung mit dem Einfluss nationaler und global agierender wirtschaftlicher Akteure auf Gewaltkonflikte. Exemplarisch hierfür stehen zum Beispiel die breiten Diskussionen um *greed and grievance* als politische und ökonomische Ursachen von Bürgerkriegen und teilweise auch anderen Gewaltkonflikten, die vor allem seit Ende der 1990er Jahre geführt wurden (vgl. Ballentine und Sherman 2003; Collier und Hoeffler 2001; Duffield 1999). Im Vordergrund stand dabei die Suche nach Formen und Ursachen von Gewaltkonflikten, insbesondere von Bürgerkriegen. Die Forschung zeigt hier zum Beispiel, dass nicht nur Armut und Ungleichheit treibende Kräfte für Gewalt sein können, sondern auch ökonomische Profitmöglichkeiten, die zur Grundlage von Kriegerationalitäten werden. Unter Stichworten wie „Kriegsökonomien“ (Duffield 1999) oder auch „Ressourcenkonflikte“ (Richert und Richter 2010) zeigt die FuK hier vielfältige Dynamiken durch ökonomische Triebkräfte sowohl für Kooperation als auch für Gewaltkonflikte auf. Auch die Rolle privater Militär- oder Sicherheitsfirmen in bewaffneten Konflikten wird in diesem Kontext betrachtet (van Meegdenburg 2017), ebenso wie die von Rüstungsunternehmen, sei es in ihrer Verantwortung für gewaltvoll ausgetragene Konflikte oder als Profiteure von Kriegen.

Die Debatte um *greed and grievance* verdeutlicht auch die Perspektive, aus der die FuK, zumindest in ihrer dominanten Tendenz, auf die Zusammenhänge zwischen politisch-ökonomischer Ordnung und Gewaltkonflikten blickt. Voraussetzung für den Ausbruch oder die Verstärkung von Gewalt und Krieg ist demnach ein Kontext von Unordnung. Dieser wird z. B. durch schwache Staatlichkeit oder exzessive Knappheit an Gütern hervorgerufen, bezieht sich häufig aber auch auf Illegalität (z. B. des grenzüberschreitenden Handels), die ihrerseits Gewalt hervorruft oder in großem Umfang erst ermöglicht und meist im Globalen Süden angesiedelt ist. In der Debatte um Unternehmen und Menschenrechte wird ebenfalls primär das Problem einer mangelnden bzw. nicht-effektiven Regulierung von Unternehmenspraktiken im Sinne von *governance gaps* betrachtet. Dem liegt zum Teil die gleiche liberale, eurozentrische Vorstellung zugrunde, dass Gewalt ein Randphänomen außerhalb der

guten Rechts- und Wirtschaftsordnung ist und die schwachen Staaten des Globalen Südens nicht willens oder in der Lage sind, die Unternehmenspraktiken gemäß den internationalen Menschenrechts- und Umweltstandards der globalen Wirtschaft so einzudämmen, wie es die Staaten des globalen Nordens tendenziell tun (Elliot 2021; Scheper 2022, auch Vestena und Scheper sowie Jenss in diesem Heft).

Konflikte um Unternehmenshandeln erscheinen hier als Ausdruck von Regulierungslücken und unternehmerischen Exzessen, also als Ausnahmen in einer zwar teils sozial entgrenzten, aber grundsätzlich doch friedensfördernden liberalen Wirtschaftsordnung. Diese Perspektive hängt zum Teil auch mit den vorherrschenden, meist liberalen Gewaltkonzepten zusammen, die Gewalt dort ausmachen, wo definierte Kriterien von Krieg oder Bürgerkrieg erfüllt sind und damit die Ordnung per definitionem ganz oder teilweise zusammenbricht bzw. überwiegend durch außerrechtliche Zwänge aufrechterhalten wird. Rückbezüge auf bestehende transnationale Ordnungen, wie die Verfasstheit und die Rechte von Unternehmen, und ihre Auswirkungen auf gewaltsam ausgetragene Konflikte, treten in den Hintergrund, wenn der Gewaltbegriff für eskalierende Konflikte reserviert bleibt und die Ursachen eher im unmittelbaren Umfeld der Eskalation gesucht werden (vgl. Vestena und Scheper in diesem Heft). Unternehmen bleiben dann eher reine Wirtschaftsakteure, vermeintlich unpolitisch, in einem anders zu begründenden Konfliktfeld. Sie haben zwar positive oder negative Einflüsse, sind damit aber eher Randerscheinung oder Nebenbedingung.

Was können wir aus diesem kursorischen Rückblick auf die Auseinandersetzung der FuK und benachbarter Disziplinen mit transnationalen Unternehmen lernen?

1. **Konfliktbegriff:** Die Auseinandersetzung mit TNU erfordert eine spezifische Art und Weise, sich der wirtschaftlichen Dimension von Konflikten zu nähern. In den Debatten um individuelle Verantwortung und Regulierung wird primär das individuelle Unternehmen hinsichtlich rechtlicher Pflichten und wirtschaftlicher Möglichkeiten betrachtet und damit von strukturellen Fragen getrennt. Wir hingegen sehen TNU in einer Scharnierfunktion zwischen Akteurs- und Strukturanalyse. Diese Sichtweise erlaubt es uns, spezifische Konfliktverhältnisse und -dynamiken in einem relationalen Konfliktverständnis zu analysieren, dabei aber auch strukturell angelegte Konflikte berücksichtigen zu können, etwa indem wir rechtliche Institutionen, materielle Verhältnisse und Wirtschaftsordnungen in den Blick nehmen. Ein relationales Konfliktverständnis erlaubt uns auch, weitere Akteure in diesem Verhältnis verorten und analysieren zu können, also insbesondere Arbeiter:innen (siehe in diesem Heft Vestena und Scheper, Jenss, Engelhardt und Cufuré), soziale Bewegungen (Sändig, Plüss, Maso, Shemia-Goeke), lokale und nationale Regierungen sowie supranationale Akteure wie die EU (Bechtum, Stühlen und Anderl). Einbeziehen können wir darüber hinaus weitere Konfliktorte wie die Stadt mit ihren transnationalen geografischen Verflechtungen (Jenss, Bechtum), den arbeitenden Körper (Engelhardt und Cufuré), den Produktionsstandort (Vestena und Scheper) und das Gericht (Franzki) sowie die spezifischen Protestrepertoires sozialer Bewegungen (Stühlen und Anderl, Maso, Plüss, Shemia-Goeke).
2. **Gewaltbegriff:** Die Auseinandersetzung mit TNU erfordert eine Verknüpfung des engen und des weiten Gewaltbegriffs, um auch Ursachen und begünstigende Be-

dingungen bzw. Veränderungsmöglichkeiten von Gewaltverhältnissen verstehen zu können. Dazu gehören z. B. Aspekte wie die Finanzierung transnationaler Wirtschaftsstrukturen, also z. B. Logistikketten und Rohstoffinfrastrukturen, oder auch die Produktion von Rüstungsgütern. Es geht uns aber auch darum, die verschiedenen Ebenen, auf denen die Ausbeutung von Mensch und Umwelt stattfindet, systematischer mit der Analyse von Gewaltphänomenen zu verbinden. Hier können z. B. aktuelle Beiträge zum Zusammenhang von ursprünglicher und kapitalistischer Akkumulation wichtige theoretische Ansatzpunkte liefern. Entscheidend scheint uns, Elemente politischer Ordnung in die Gewaltanalyse einzubeziehen, also solche des Rechts, der Verwaltungsinstitutionen und der Regulierung.

2 Transdisziplinäre Ansatzpunkte zur Analyse von Gewaltordnungen: TNU, Recht und Gewalt

Die Einbeziehung von Recht und Ordnung sehen wir als zeitgemäß, vor allem angesichts einer Entwicklung in den letzten zwei Jahrzehnten, die auf internationaler Verwaltungsebene wie auch in der politik- und rechtswissenschaftlichen Forschung die Antwort auf unternehmensbezogene Gewalt in verstärkter transnationaler Regulierung sucht. Das Feld „Wirtschaft und Menschenrechte“ und die darin entstehenden neuen nationalen sowie internationalen Regulierungsbemühungen stehen paradigmatisch dafür.

Die Bemühungen, unternehmerisches Handeln durch zunächst freiwillige Verhaltenskodizes im Rahmen einer *Corporate Social Responsibility* und inzwischen ergänzend durch verbindliche, auf *Corporate Accountability* zielende Regelungen mit der Einhaltung von Menschenrechten in Einklang zu bringen, können als Ausdruck einer Problemdiagnose gesehen werden, die angesichts globalisierter Produktions- und Handlungsweisen von TNU Regelungslücken als Problemursache identifiziert. Unternehmen und Wirtschaftsstrukturen selbst werden in dieser Debatte als machtvoll vorausgesetzt, die institutionellen Bedingungen unternehmerischer Akteursqualität, ihre Einflussphären und -möglichkeiten sowie die damit verbundenen Konfliktarenen des alltäglichen Wirtschaftens geraten jedoch nicht hinreichend in den Blick. So geht etwa die liberale Schule der New-Governance-Theorie, die die gegenwärtige Ausgestaltung internationaler menschenrechtlicher Regulierungsansätze wesentlich prägt, davon aus, dass es aufgrund des Einflusses und der Macht von Unternehmen schlicht notwendig sei, diese aktiv als regulierende Akteure in das Menschenrechtssystem einzubeziehen (Ruggie 2014). Dem liegt ein Rechtsverständnis zugrunde, das bereits in der Verbreitung oder Diffusion von rechtlichen Normen in die Handlungsbereiche von Unternehmen einen emanzipatorischen Schritt sieht.

Das Forschungsfeld „Wirtschaft und Menschenrechte“ ist damit für uns durchaus ein relevantes Feld, an das wir anschließen, das wir aber gleichzeitig um wichtige Perspektiven ergänzen möchten. Dabei ergänzen sich rechtswissenschaftliche, politikwissenschaftliche und unternehmensethische Ansätze (Bernaz 2017; Cragg et al. 2012; Deva und Bilchitz 2013; Deva und Birchall 2020; Hamm et al. 2014; Sullivan 2003; Wettstein 2009), die Unternehmen umfassend im Hinblick auf ihre normative Verantwortung und auch ihre empirische Verwobenheit mit Menschenrechtskonflik-

ten untersuchen. Im Mittelpunkt stehen dabei erstens die unterschiedlichen Grade der Verursachung bzw. Beteiligung großer Unternehmen an Menschenrechtsverletzungen, zweitens die rechtlichen Optionen zur Etablierung von Mechanismen zur Herstellung transnationaler Rechenschaftspflicht bzw. Haftbarkeit und drittens die Möglichkeiten staatlicher Regulierung und des Völkerrechts zur Verbesserung des Menschenrechtsschutzes. Im kritischen Dialog mit diesem Feld können wir auch an rechtswissenschaftliche Forschungen anknüpfen, die das Recht selbst als (mit-)ursächlich oder verstärkend für Konflikte und Gewalt betrachten (z. B. Baars 2018, Franzki in diesem Heft) oder die Verflechtung von Rechtsinstitutionen mit transnationalen Kapitalinteressen in den Mittelpunkt stellen (Pistor 2019; Costa und Gonçalves 2020).

Weniger prominent sind hingegen Konflikt- und Gewaltverständnisse, die Formen, Ursachen oder Triebkräfte von Gewalt und Konflikten auch im bestehenden Recht und in stabilen Ordnungen ausmachen. Wir gehen davon aus, dass es sich hierbei um eine Beschränkung handelt, die eine umfassende Auseinandersetzung und das Verstehen, Erklären und Kritisieren von Gewalt im Kontext von TNU erschwert. Denn solche Verständnisse fokussieren auf spezifische Ausschnitte, die vermeintlich in Opposition zu bestehenden Ordnungen stehen. Demgegenüber gehen wir davon aus, dass auch Recht und Ordnung Ursache und Motor von Gewaltkonflikten sein können und sich die Analyse daher nicht auf Situationen gescheiterter Autorität beschränken sollte.

Bezieht man über die FuK hinaus auch benachbarte Forschungsfelder mit ein, so finden sich verschiedene Forschungsstränge, die auf entsprechende Zusammenhänge zwischen Recht, Ordnung und Gewalt im Kontext der globalen politischen Ökonomie hinweisen oder diese auch umfassend untersucht haben (Birchall 2022; Britton-Purdy et al. 2020). Eine integrative Betrachtung finden wir bislang jedoch kaum. Hier sehen wir ein Potenzial der FuK, diese Integration zu leisten, da sie unterschiedliche Forschungserkenntnisse unter dem Blickwinkel der Gewaltursachen und ihrer Bearbeitung zusammenführen kann. Die FuK könnte von einer solchen Integration profitieren, indem sie ein ganzheitliches Gewaltverständnis bzw. eine umfassendere Gewaltkritik vorantreibt.

Weitere Forschungsfelder, an die wir hier anknüpfen können, umfassen das transdisziplinäre Forschungsfeld der International bzw. Global Political Economy (IPE/GPE). Erwähnenswert ist dabei die Forschung der letzten Jahre zum autoritären Neoliberalismus, die Zusammenhänge zwischen der Organisation des Staates bzw. staatlicher Regulierung, managerialistischen Handlungslogiken, Demokratiedefiziten bzw. -verfall und wachsender sozialer Ungleichheit herstellt (vgl. z. B. die Beiträge in Bruff und Tansel 2020). Darüber hinaus können wir innerhalb der IPE/GPE an die Identifizierung spezifischer Entwicklungen kapitalistischer Gesellschaften bzw. Produktionsweisen in ihren globalen Zusammenhängen anschließen, insbesondere im Hinblick auf die Rolle von Rohstoffen für die wirtschaftliche Entwicklung und die mit Abbau, Handel und Profit verbundenen Konflikte um deren soziale und ökologische Folgen. Auch die Analysen zum Zusammenhang von globaler Produktion, Finanzkapital und (großen) Gewaltkonflikten (Bieler und Morton 2018) sehen wir als Ansatzpunkte. Ein differenziertes Verständnis in Bezug auf die Rolle transnationaler Unternehmen als Gegenstand der IPE bieten die Beiträge in

Nölke und May (2018). Dieser Forschungsstrang der IPE erscheint uns für unser Forschungsinteresse besonders zentral, da er Unternehmen weniger als Black Box behandelt, sondern vielmehr die Konstitution und differenzierte Wirkungsweisen transnationaler Unternehmen in den Blick nimmt. Auch an die Politische Ökonomie angrenzende Arbeiten der Internationalen Beziehungen und der Global-Governance-Forschung haben Zusammenhänge zwischen transnationalen Unternehmen, politischer Regulierung und der Dynamik von Gewalt aufgezeigt (Brühl et al. 2004; Deitelhoff und Wolf 2013; Scheper 2019).

Ein drittes, wiederum transdisziplinäres Feld, auf dem wir aufbauen können, ist die Forschung zu globalen Wertschöpfungsketten (Ponte et al. 2019), Produktionsnetzwerken (Henderson et al. 2002) und Lieferketten (Macdonald 2014; LeBaron 2020), die inzwischen viele Überschneidungen mit den bereits erwähnten Strängen aufweist. Die Literatur hat insbesondere die umfassenden und differenzierten Beziehungen zwischen Unternehmen und ihren Netzwerkstrukturen sowie Prozesse des wirtschaftlichen oder sozialen „Up- und Downgradings“ (Barrientos et al. 2011) untersucht. Zunehmend nimmt sie auch die vielfältigen Verbindungen zwischen Wertschöpfungsketten, Staaten (Mayer und Phillips 2017), Recht (The IGLP Law and Global Production Working Group 2016) und Arbeit (Anner 2015; Coe und Hess 2013; Selwyn 2019) in den Blick. Konflikte und Gewalt sind kein expliziter Schwerpunkt in diesem Feld, es lassen sich aber enge Bezüge dazu herstellen, etwa im Hinblick auf Sklaven- und Zwangsarbeit (LeBaron 2020), Gewerkschaftskonflikte (Anner 2015; Greven 2011), chronische Armut (Selwyn 2019; Phillips und Sakamoto 2012), intersektionale Diskriminierung (Sproll 2022), Logistik (Cowen 2014) und im weiteren Sinne die vielschichtigen Kämpfe, denen sich Menschen ausgesetzt sehen oder die sie führen, um ihre Existenz zu sichern oder ihre Interessen im Zuge transnationaler, fragmentierter Produktion zu verfolgen (vgl. z. B. Bair und Werner 2011; Greven 2011). Interessant für die weitere Diskussion erscheint uns dieses Feld vor allem auch im Hinblick auf die Auseinandersetzung mit den räumlichen und zeitlichen Dimensionen von Unternehmen und Gewalt (siehe in diesem Heft auch Plüss, Bechtum, Stühlen und Anderl).

Ein viertes Forschungsfeld, mit dem wir in einen Dialog treten können, ist die Bewegungsforschung. In den letzten Jahren hat sich die Forschung zu innergesellschaftlichen Konfliktodynamiken, die sich auf die Praktiken und Repertoires sozialer Bewegungen konzentriert, auch für die Analyse der Praktiken derjenigen interessiert, die über wirtschaftliche Macht verfügen und gegen die sich die kollektiven Aktionen und Proteste der sozialen Bewegungen richten: die Macht der transnationalen Konzerne. Die Bewegungsforschung bietet Ausgangspunkte zur Identifizierung der Handlungen internationaler Unternehmen, die Aktionen der sozialen Bewegungen hervorrufen und die wiederum Unternehmen und Wirtschaftsstrukturen herausfordern. Diese Forschungen fokussieren auf die Praktiken der Bewegungen und versuchen, ihre Strategien nach Maßstäben des politischen Erfolgs oder Scheiterns zu beurteilen. Sie analysieren den Inhalt des Widerstands und die Auswirkungen der Praktiken sozialer Bewegungen gegen ökonomische Macht. Auch wenn sie sich selten den transnationalen Unternehmen exklusiv widmen, geben sie Anknüpfungspunkte für eine Vertiefung der Forschung über die Auswirkungen von Unternehmenspraktiken und ihre Verflechtungen mit staatlichen Entscheidungen, Verwaltungsinstitutionen

und Regulierungspraktiken. Für die Forschung zu Bewegungen und Konflikt spielen solche Ansätze eine besondere Rolle, denn die Verstrickungen zwischen privaten und öffentlichen Machtdynamiken werden immer deutlicher, nicht nur im Globalen Süden, sondern auch in Globalen Norden (siehe in diesem Heft Stühlen und Anderl, Shemia-Goeke, Jenss, Maso, Bechtum, Plüss, Vestena und Scheper).

Bereits dieser kursorische Überblick über einige Forschungsfelder, auf denen wir mit diesem Sonderheft aufbauen können, zeigt, dass die Auseinandersetzung mit Unternehmen und Gewalt vielschichtig und umfangreich ist. Dies bekräftigt unsere Auffassung, dass eine teils synthetisierende, teils komplementäre Auseinandersetzung mit den Zusammenhängen zwischen TNU, als Institutionen und Akteuren, und gesellschaftlichen Gewaltphänomenen einen großen Mehrwert für die FuK als integrierende Disziplin hat.

3 Beitrag und Struktur des Sonderhefts

Die Beiträge des Schwerpunktheftes widmen sich verschiedenen Gewaltphänomenen, die in unterschiedlicher Weise mit transnationalen Unternehmen verbunden sind. Unternehmen treten als zentrale Akteure in Konfliktkonstellationen, relevanter Faktor im wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Kontext oder Adressat von Protesten und kollektiver Mobilisierung auf. In jedem Fall sind sie handelnde Akteure, die Strategien bestimmen, aus Fehlern lernen und ihre Handlungspraktiken im Zeitverlauf neu justieren, um ihre eigenen Interessen zu verfolgen. Die Beiträge nehmen diese Akteursqualität von Unternehmen in den Blick und untersuchen ihre Rolle in Konflikten, um die spezifische Gewaltförmigkeit solcher Konfliktodynamiken innerhalb der bestehenden Ordnung und nicht außerhalb oder erst im Moment der Eskalation physischer Gewalt zu diskutieren. Über die Grenzen einzelner Disziplinen hinweg ist den zehn Beiträgen eine kritische Perspektive auf Unternehmenspraktiken und damit einhergehende Gewaltphänomene gemeinsam, die auf die strukturierende Rolle von TNU in kapitalistischen Gesellschaften und die ihnen zugrunde liegende Profitlogik verweist. Diese wiederum wird als zentrale Herausforderung bzw. Ansatzpunkt emanzipatorischer politischer Auseinandersetzungen begriffen.

Die ersten beiden Beiträge widmen sich Gewaltphänomenen im Spannungsfeld zwischen juristischen und ökonomischen Arenen. Hannah Franzki untersucht in „Totalitärer Staat und freie Wirtschaft. Zu den Bedingungen von Freiheit in den Nürnberger Industriellenprozessen“ die nach dem Zweiten Weltkrieg in den USA angestrebten Gerichtsverfahren gegen Vertreter der deutschen Industrie und analysiert die wirtschaftspolitischen Ordnungsvorstellungen, die in diesen Verfahren zum Tragen kamen. Franzki zeigt, wie die in den Verfahren vorgebrachten Anklagepunkte eine liberale Trennung von Staat und Wirtschaft in die Vergangenheit projizierten und die rechtliche Grundlage für eine Haftungsbeschränkung unternehmerischen Handelns begründeten. Denn nur dort, wo der totalitäre Staat des Nationalsozialismus die wirtschaftliche Freiheit einschränkte, stellten die Gerichte ein unrechtmäßiges Verhalten der Unternehmer fest. Der Text schließt daher mit Überlegungen zu den Implikationen dieser Prozesse für heutige Bemühungen, die

strukturelle Gewaltförmigkeit von Unternehmen in der kapitalistischen Ordnung durch menschenrechtliche Verpflichtungen einzudämmen bzw. zu konterkarieren.

Der Beitrag von Carolina A. Vestena und Christian Scheper, „Das Recht und intersektionale Konflikte in globalen Produktionsnetzwerken“, befasst sich mit der strukturierenden Rolle des Rechts in der globalen Wirtschaft und entwickelt einen konzeptionellen Rahmen zur Untersuchung intersektionaler Konflikte in diesem Bereich. Die Autor:innen widmen sich der Perpetuierung von Konflikten und Gewalt in globalen Produktionsnetzwerken (GPN), einem Feld, das durch transnationale Menschenrechtsverpflichtungen und zunehmend durch nationale Regulierungsbestrebungen eingehegt wird. Wenn aber das Recht gegen Menschenrechtsverletzungen und mehrdimensionale Formen von Gewalt mobilisiert werden kann, warum setzen sich Konflikte und Diskriminierungen in diesem Bereich so dauerhaft fort? Die Persistenz von Gewalt und Ungleichheit in GPN und die Rolle des Rechts neben der Kapitalakkumulation werden anhand von zwei Formen der Rechtsmobilisierung analysiert: rechtliche Landnahme und Rechtskämpfe. Eine Illustration von Konflikt-dynamiken im Kaffeeanbau in Brasilien bildet die empirische Grundlage für den Beitrag, der die Machtgebundenheit und Konflikthaftigkeit von Recht in GPN hervorhebt, um das Spannungsfeld zwischen Konflikten, Unternehmen und Recht zu reflektieren.

Die folgenden Beiträge befassen sich mit weiteren politischen Verflechtungen von transnationalen Unternehmen und Konflikten, stellen aber die räumlichen Auswirkungen von Unternehmenspraktiken und zivilgesellschaftlichen Strategien in den Mittelpunkt. Alke Jenss untersucht in „Cities as nodes of conflict: The role of transnational corporations in urban supply chain conflicts“ urbane Konflikte in Kolumbien im Kontext des „paro urbano“ in der Stadt Cali. Die kolumbianischen Proteste in 2021 sind Ausdruck eines Konflikts innerhalb des „supply chain urbanism“ und zeigen die Rolle transnationaler Unternehmen als Auslöser sozialer Konflikte. In Cali blockierten soziale Bewegungen während der Covid-19-Pandemie die Straßen, um auf den direkten Zusammenhang zwischen der gravierenden Ungleichheit in der Stadt und der Regierungspolitik zugunsten transnationaler Unternehmen aufmerksam zu machen. Die Eigenschaften der Stadt und ihre Lage als Hafenstadt wurden als strategische Druckmittel genutzt, um die lokalen und transnationalen Dimensionen des Konflikts zu artikulieren. Der Artikel leistet einen Beitrag zur Debatte um TNU und Konflikt, indem er den Zusammenhang zwischen alltäglichen Widerstandspraktiken sozialer Bewegungen, der strategischen Besonderheit ihrer räumlichen Verortung in einem städtischen Kontext des „supply chain urbanism“ und dem Ansatz von TNU beleuchtet.

Auch der Beitrag von Anne Engelhardt und Sara Cufre „Conflicts up in the air: cabin crew resistance in Argentina and Portugal through the lens of the body“ widmet sich den Arbeitskonflikten bei Fluggesellschaften in Argentinien und Portugal aus einer räumlichen und transnationalen Perspektive. Sie knüpfen an kritische Betrachtungen von Unternehmenspraktiken in der Luftfahrtindustrie an, die unter dem Begriff der „Ryanairisierung“ den Kontext steigender Arbeitsbelastung und sinkender Gesundheits- und Sicherheitsstandards mit einem strukturellen Wandel der Wirtschaft hin zum autoritären Neoliberalismus verbinden. Der Artikel präsentiert die Ergebnisse empirischer Forschung mit dem Kabinenpersonal von Aerolíneas Ar-

gentinas und TAP und arbeitet heraus, wie die Arbeiter:innen Widerstand leisten, vor allem gegen die Belastung ihrer Körper durch ein autoritäres und strenges, neues Arbeitsregime. Die Autor:innen zeigen, wie diese verstaatlichten Unternehmen die Arbeit intensivieren und die Mitarbeiter:innen an ihre physischen und psychischen Grenzen bringen, trotz höherer Löhne. Die kritische Sicht dieses Artikels auf die Bedeutung von Konflikten am Arbeitsplatz, von individuellen bis hin zu organisierten Widerstandsformen, insbesondere nach der Covid-19-Pandemie, bietet einen wichtigen Ansatzpunkt, um die Kategorie „Körper“ auch in der FuK im Zusammenhang mit TNU zu analysieren.

Um widerständige Praktiken geht es auch im fünften Beitrag „Rebalancing power between (civil) society and corporations“ von Dalilah Shemia-Goeke. Sie untersucht anhand von zwei Fallstudien transnationaler Kampagnen, dem Nestlé-Boycott (1977–1984) und der Play-Fair-Kampagne (2003–2011), wie zivilgesellschaftliche Akteure die Macht transnationaler Unternehmen durch gewaltfreie Aktionen konterkarieren. Während die erste Kampagne zu erheblichen finanziellen Einbußen für Nestlé und zur Verabschiedung internationaler Regulierungen führte, erzielte die Play-Fair-Kampagne lediglich symbolische Effekte und begrenzte Erfolge für Sportbekleidungsmarken. Der Artikel zeigt, dass zivilgesellschaftliche Akteure die Beziehungen zwischen Unternehmen und anderen gesellschaftlichen Gruppen berücksichtigen sollten, um strategische Aktionen zu planen und möglicherweise eine effektivere Rechenschaftspflicht zu erreichen.

Die anderen fünf Artikel befassen sich mit Konflikten um natürliche Ressourcen und der Rolle transnationaler Unternehmen bei der Aushöhlung demokratischer Entscheidungsprozesse, mit transnationalen Protestdynamiken und mit der Rolle sozialer Bewegungen. Der Beitrag von Hannah Plüss, „Stamina and the embodiment of expertise: resources of transnational activism to counter corporate slow violence“, analysiert, wie transnationaler Aktivismus im Kontext von Konflikten um natürliche Ressourcen durch die Artikulation lokaler Wissensproduktion und die Verknüpfung mit globalen Framings der Umweltbewegung strategisch geführt werden kann. Eine Fallstudie untersucht die Auseinandersetzungen um ein Laufwasserkraftwerk in Ecuador und beschreibt deren ökologische, soziale und rechtliche Implikationen auf nationaler und transnationaler Ebene. Die lokalen Akteur:innen bildeten gemeinsam mit US-Aktivist:innen eine NGO, die wissensbasierten Aktivismus der lokalen Betroffenen und Rechtsmobilisierung im Rahmen von Protesten kombinierte. Der Artikel rückt die Frage der Temporalität in den Mittelpunkt, denn die Zeit für Lernprozesse und die Ausdauer (stamina) der Aktivist:innen waren entscheidend für den Erfolg und die Veränderungen des Konflikts im Dulcepamba-Tal.

Auch Jan Sändig's Artikel „Land grabbing, CSR, and the (de)mobilization of resistance“ knüpft an Erkenntnisse der Bewegungsforschung und der Debatten um Landgrabbing und Corporate Social Responsibility (CSR) an, um die Auswirkungen von CSR-Praktiken auf lokale und transnationale Konflikte zu analysieren. Untersucht werden zwei führende europäische Agrarunternehmen in Kamerun. Die empirische Analyse der Fälle deutet auf die Tendenz hin, dass Unternehmen von dem stabilisierenden Aspekt frühzeitiger und substantieller CSR-Praktiken in Konfliktkonstellationen profitieren können, da diese demobilisierend auf Widerstand wirken. Der Beitrag bietet hier instruktive Anknüpfungspunkte, um über die Lernfähigkeit von

Unternehmer:innen/Unternehmen und die Temporalität von Widerstandsprozessen in solchen Kontexten nachzudenken.

Der Beitrag von Alexandra Bechtum „Transnational corporate influence and local politics: how mining companies intervene in political processes in neighbouring communities“ beschäftigt sich mit Widerstand, allerdings aus der analytischen Perspektive von Stabilisierungsprozessen. Bechtum untersucht, wie transnationale Bergbauunternehmen Einfluss auf lokale Entscheidungsprozesse nehmen und die Politik in Gemeinden im Umfeld industrieller Minen beeinflussen. Ihre empirische Forschung im argentinischen Bergbau in Nordwest- und Südpatagonien zeigt, dass Bergbauunternehmen politische Partizipation informalisieren, quasi-staatliche Funktionen übernehmen und so lokale Politik in ihrem Sinne lenken. Der Beitrag knüpft an die kritische Governance-Forschung und die kritische Geografie an und zeigt, wie Bergbauunternehmen ihre politische Einflussnahme lokal legitimieren und damit Widerstand und Konflikten vorbeugen. Diese Analyse bietet neue Einblicke in die politische Rolle von TNU in ihrem quasi alltäglichen politischen Handeln jenseits der bloßen Reaktion auf bereits ausgelöste soziale Konflikte.

Ebenfalls mit den drastischen Folgen des Rohstoffextraktivismus im lateinamerikanischen Kontext befasst sich der Beitrag von Tchenna Maso zu sozio-ökologischen Konflikten: „Corporate technologies in mining and the disorganization of socio-environmental conflicts in Brazil“. Der Artikel konzentriert sich auf die Umweltkatastrophen, die den brasilianischen Bergbausektor geprägt haben. Maso analysiert sowohl die Konfliktodynamiken als auch die Strategien der Bergbauunternehmen, die mit „corporate social technologies“ ihre Reputation und den *shareholder value* durch „social risk and cost management“ schützen. Lokale Gemeinschaften und die Bevölkerung in den betroffenen Regionen werden von Unternehmensakteuren umworben und teilweise kooptiert, um Widerstand gegen Bergbauprojekte zu verhindern. Anhand von Fallbeispielen aus dem brasilianischen Bundesstaat Minas Gerais wird die Frage nach der Temporalität und Lernfähigkeit von Unternehmen aufgeworfen, die angesichts wiederholter sozialer und ökologischer Katastrophen, die durch ihre Praktiken verursacht werden, mit der Zeit Strategien erlernen, um Kritik abzuwehren und die Kontinuität der Ressourcenausbeutung zu sichern.

Der Beitrag von Christin Stühlen und Felix Anderl mit dem Titel „Transnational companies in environmental conflicts: Rio Tinto, anti-mining resistance in Serbia, and the contradictions of Europeanization“ befasst sich ebenfalls mit Konflikten um transnationale Bergbaukonzerne, allerdings im südosteuropäischen Raum. Der Artikel weist auf einen aktuellen Trend der Verlagerung von Bergbauaktivitäten vom Globalen Süden in den Globalen Norden hin, der neue Umweltkonflikte und Protestbewegungen im europäischen Raum hervorruft. Im Fokus des Artikels stehen die sozialen Mobilisierungen gegen extraktivistische Projekte, die die Autor:innen als analytische Linse benutzen, um Einblicke in die sich verändernde transnationale Herrschaft im Kontext des europäischen *Green Deals* zu gewinnen. Die Anti-Bergbau-Bewegung in Serbien gegen den Abbau von Lithium zeigt, dass die Proteste sich in ambivalenter Weise gegen das Unternehmen Rio Tinto, aber auch gegen die serbische Regierung und die EU richten. Die EU spielt in diesem Konflikt eine – aufschiebende – Rolle, da sie durch die Regulierung des Beitrittsprozesses Serbiens die Möglichkeiten und Grenzen des politischen Handelns der Aktivist:innen mitbe-

stimmt. Dies führt zu widersprüchlichen Erwartungen auf Seiten der Aktivist:innen. Gleichzeitig profitieren transnationale Unternehmen langfristig von dieser Konstellation, insofern sie nach außen versprechen, Marktöffnungen für einen potenziellen EU-Beitritt mit grüner Politik zu verbinden.

Funding Open Access funding enabled and organized by Projekt DEAL.

Open Access Dieser Artikel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden.

Die in diesem Artikel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.

Weitere Details zur Lizenz entnehmen Sie bitte der Lizenzinformation auf <http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>.

Literatur

- Allende, Salvador. 1973. Address delivered by Mr. Salvador Allende Gossens, President of Chile, at the Inaugural Ceremony on 13 April 1972. In *Proceedings of the United Nations Conference on Trade and Development. Third Session*. Santiago de Chile, 13. Apr. 1972., 349–356. New York: United Nations.
- Anghie, Antony. 2015. Legal Aspects of the New International Economic Order. *Humanity* 6(1):145–158.
- Anner, Mark. 2015. Labor control regimes and worker resistance in global supply chains. *Labor History* 56(3):292–307.
- Baars, Grietje. 2018. *The Corporation, Law and Capitalism: A Radical Perspective on the Role of Law in the Global Political Economy*. Leiden: Brill.
- Bair, Jennifer, und Marion Werner. 2011. Commodity Chains and the Uneven Geographies of Global Capitalism: A Disarticulations Perspective. *Environment and Planning A: Economy and Space* 43(5):988–997.
- Ballentine, Karen, und Jake Sherman. 2003. *The Political Economy of Armed Conflict: Beyond Greed and Grievance*. Boulder, CO: Lynne Rienner.
- Barkan, Joshua. 2013. *Corporate Sovereignty: Law and Government under Capitalism*. Minneapolis, MN: University of Minnesota Press.
- Barrientos, Stephanie W., Gary Gereffi, und Arianna Rossi. 2011. Economic and social upgrading in global production networks: a new paradigm for a changing world. *International Labour Review* 150(3–4):319–340.
- Bellucci, Stefano, und Holger Weiss. 2020a. 1919 and the Century of Labour Internationalisation. In *The Internationalisation of the Labour Question: Ideological Antagonism, Workers' Movements and the ILO since 1919*, Hrsg. Stefano Bellucci, Holger Weiss, 1–22. Cham: Palgrave Macmillan.
- Bellucci, Stefano, und Holger Weiss (Hrsg.). 2020b. *The Internationalisation of the Labour Question: Ideological Antagonism, Workers' Movements and the ILO since 1919*. Cham: Palgrave Macmillan.
- Bernaz, Nadia. 2017. *Business and Human Rights: History, Law and Policy—Bridging the Accountability Gap*. London, New York: Routledge.
- Bieler, Andreas, und Adam David Morton. 2018. *Global Capitalism, Global War, Global Crisis*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Birchall, David. 2022. Human Rights and Political Economy: Addressing the Legal Construction of Poverty and Rights Deprivation. *Journal of Law and Political Economy* 3(2).
- Blackett, Adelle. 2020. On the Presence of the Past in the Future of International Labour Law. *Dalhousie Law Journal* 43(2):947–962.

- Britton-Purdy, Jedediah, David Singh Grewal, Amy Kapczynski, und K. Rahman Sabeel. 2020. Building a Law-and-Political-Economy Framework: Beyond the Twentieth-Century Synthesis. *The Yale Law Journal* 129(6):1784–1835.
- Bruff, Ian, und Cemal Burak Tansel (Hrsg.). 2020. *Authoritarian Neoliberalism: Philosophies, Practices, Contestations*. London, New York: Routledge.
- Brühl, Tanja, Heidi Feldt, Brigitte Hamm, Hartwig Hummel, und Jens Martens (Hrsg.). 2004. *Unternehmen in der Weltpolitik: Politiknetzwerke, Unternehmensregeln und die Zukunft des Multilateralismus*. Bonn: Dietz.
- Coe, Neil M., und Martin Hess. 2013. Global production networks, labour and development. *Geoforum* 44:4–9.
- Collier, Paul, und Anke Hoeffler. 2001. *Greed and Grievance in Civil War*. Washington, DC: The World Bank. <https://documents1.worldbank.org/curated/en/998891468762911498/pdf>.
- Costa, Sérgio, und Guilherme Leite Gonçalves. 2020. *A Port in Global Capitalism: Unveiling Entangled Accumulation in Rio de Janeiro*. London: Routledge.
- Cowen, Deborah. 2014. *The Deadly Life of Logistics: Mapping Violence in Global Trade*. Minneapolis, MN: University of Minnesota Press.
- Cragg, Wesley, Denis G. Arnold, und Peter Muchlinski. 2012. Human Rights and Business. *Business Ethics Quarterly* 22(1):1–7.
- Danielsen, Dan. 2006. Corporate Power and Global Order. In *International Law and its Others*, Hrsg. Anne Orford, 85–99. Cambridge: Cambridge University Press.
- Deitelhoff, Nicole, und Klaus Dieter Wolf. 2013. Business and human rights: how corporate norm violators become norm entrepreneurs. In *The Persistent Power of Human Rights: From Commitment to Compliance*, Hrsg. Thomas Risse, Stephen C. Ropp, und Kathryn Sikkink, 222–238. Cambridge: Cambridge University Press.
- Deva, Surya, und David Bilchitz (Hrsg.). 2013. *Human Rights Obligations of Business: Beyond the Corporate Responsibility to Respect?* New York: Cambridge University Press.
- Deva, Surya, und David Birchall (Hrsg.). 2020. *Research Handbook on Human Rights and Business*. Cheltenham: Edward Elgar.
- Dietz, Kristina. 2017. Kämpfe um Bergbau und die Möglichkeiten demokratischer Transformation. *Prokla* 47(4/189):535–555.
- Dietz, Kristina, und Bettina Engels. 2020. Umwelt und Entwicklung. In *Handbuch Entwicklungsforschung*, Hrsg. Karin Fischer, Gerhard Hauck, und Manuela Boatca. Wiesbaden: Springer VS.
- Duffield, Mark. 1999. Globalization and War Economies: Promoting Order or the Return of History? *The Fletcher Forum of World Affairs* 23(2):21–36.
- Elliot, Michael. 2021. Problematising the “governance gap”: corporations, human rights, and the emergence of transnational law. *Transnational Legal Theory* 12(2):196–212.
- Flohr, Annegret, Lothar Rieth, Sandra Schwindenhammer, und Klaus Dieter Wolf. 2010. *The Role of Business in Global Governance*. London: Palgrave Macmillan.
- Galtung, Johan. 1969. Violence, Peace and Peace Research. *Journal of Peace Research* 6(3):167–191.
- Gereffi, Gary, Roberto P. Korzeniewicz, und Miguel Korzeniewicz. 1994. Introduction: Global Commodity Chains. In *Commodity Chains and Global Capitalism*, Hrsg. Gary Gereffi, Miguel Korzeniewicz, 1–14. Westport: Greenwood.
- Greven, Thomas. 2011. Die Regeln ändern! Bedingungen gewerkschaftlicher Solidarität unter globalem Konkurrenzdruck. In *Solidarität über Grenzen: Gewerkschaften vor neuer Standortkonkurrenz*, Hrsg. Frank Gerlach, Thomas Greven, Ulrich Mückenberger, und Eberhard Schmidt, 35–49. Berlin: Edition Sigma.
- Hamm, Brigitte, Christian Scheper, und Maike Drebes. 2014. Business, Trade and Human Rights. In *The SAGE Handbook of Human Rights*, Hrsg. Anja Mihr, Mark Gibney, 373–391. Los Angeles: SAGE.
- Hammoudi, Ali. 2022. International order and racial capitalism: The standardization of ‘free labour’ exploitation in international law. *Leiden Journal of International Law* 35(4):779–799.
- Henderson, Jeffrey, Peter Dicken, Martin Hess, Neil Coe, und Henry Wai-Chung Yeung. 2002. Global production networks and the analysis of economic development. *Review of International Political Economy* 9(3):436–464. <https://doi.org/10.1080/09692290210150842>.
- Imbusch, Peter, und Ralf Zoll (Hrsg.). 2010. *Friedens- und Konfliktforschung. Eine Einführung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Internationales Arbeitsamt. 1999. Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation. In *Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation und Geschäftsordnung der Internationalen Arbeitskonferenz*. Genf: Internationales Arbeitsamt. https://www.humanrights.ch/cms/upload/pdf/051108_ilo_verfassung.pdf.

- Kaltenborn, Markus. 2023. Menschenrechtliche Anforderungen an Unternehmen nach dem Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz. In *Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz*, Hrsg. Michael Nietsch, 13–30. Baden-Baden: Nomos.
- Kott, Sandrine. 2017. Towards a Social History of International Organisations: the ILO and the Internationalisation of Western Social Expertise (1919–1949). In *Internationalism, Imperialism and the Formation of the Contemporary World: The Past of the Present*, Hrsg. Miguel Bandeira Jerónimo, José Pedro Monteiro, 33–57. Cham: Palgrave Macmillan.
- Kott, Sandrine. 2019. ILO: Social Justice in a Global World? A History in Tension. *International Development Policy/Revue internationale de politique de développement* 11:21–39.
- LeBaron, Genevieve. 2020. *Combatting Modern Slavery: Why Labour Governance is Failing and What We Can Do About It*. Cambridge: Polity.
- Lustig, Doreen. 2020. *Veiled Power: International Law and the Private Corporation 1886–1981*. Oxford: Oxford University Press.
- Macdonald, Kate. 2014. *The Politics of Global Supply Chains: Power and Governance Beyond the State*. Cambridge: Polity.
- Maul, Daniel Roger, Luca Puddu, und Hakeem Ibikunle Tijani. 2019. The International Labour Organization. In *General Labour History of Africa: Workers, Employers and Governments, 20th–21st Centuries*, Hrsg. Stefano Bellucci, Andreas Eckert, 223–264. Suffolk: Boydell & Brewer.
- May, Christian, und Andreas Nölke. 2018. The delusion of the global corporation: introduction to the handbook. In *Handbook of the International Political Economy of the Corporation*, Hrsg. Andreas Nölke, Christian May, 1–25. Cheltenham: Edward Elgar.
- Mayer, Frederick W., und Nicola Phillips. 2017. Outsourcing governance: states and the politics of a ‘global value chain world’. *New Political Economy* 22(2):134–152. <https://doi.org/10.1080/13563467.2016.1273341>.
- Métall, Rudolf. 1928. Internationale innersoziale Friedenswahrung und die Internationale Arbeiterorganisation. *Die Friedens-Warte* 28(8/9):240–241.
- Nölke, Andreas, und Christian May (Hrsg.). 2018. *Handbook of the International Political Economy of the Corporation*. Cheltenham: Edward Elgar.
- Nolte, Ernst. 1969. Big Business and German Politics: A Comment. *The American Historical Review* 75(1):71–78.
- Pahuja, Sundhya, und Anna Saunders. 2019. Rival Worlds and the Place of the Corporation in International Law. In *The Battle for International Law: South-North Perspectives on the Decolonization Era*, Hrsg. Jochen von Bernstorff, Philipp Dann, 141–174. Oxford: Oxford University Press.
- Pauwels, Jacques R. 2017. *Big Business and Hitler*. Toronto: James Lorimer.
- Petersmann, Ernst Ulrich. 1976. Die Dritte Welt und das Wirtschaftsvölkerrecht. *Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht* 36(1–3):492–550.
- Phillips, Nicola, und Leonardo Sakamoto. 2012. Global production networks, chronic poverty and ‘slave labour’ in Brazil. *Studies in Comparative International Development* 47(3):287–315.
- Pistor, Katharina. 2019. *The Code of Capital: How the Law Creates Wealth and Inequality*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Ponte, Stefano, Gary Gereffi, und Gale Raj-Reichert (Hrsg.). 2019. *Handbook on Global Value Chains*. Cheltenham: Edward Elgar.
- Porter, Michael E. 1998. *Competitive Advantage of Nations (with a new introduction)*. New York: Free Press.
- Priemel, Kim Christian. 2012. Tales of Totalitarianism: Conflicting Narratives in the Industrialist Cases at Nuremberg. In *Reassessing the Nuremberg Military Tribunals: Transitional Justice, Trial Narratives, and Historiography*, Hrsg. Kim Christian Priemel, Alexa Stiller, 161–193. New York: Berghahn.
- Pye, Oliver. 2017. Für einen *labour turn* in der Umweltbewegung: Umkämpfte Naturverhältnisse und Strategien sozial-ökologischer Transformation. *Prokla* 47(4/189):517–534.
- Richert, Jörn, und Solveig Richter. 2010. Ressourcenkonflikte. In *Konkurrenz um knappe Ressourcen. Projektpapier Forschungsschwerpunkt Konkurrenz um knappe Ressourcen*, Hrsg. Stormy-Annika Mildner, 12–20. Berlin: SWP. https://www.swp-berlin.org/publications/products/projekt_papiere/projppap_ressourcen_20100211_ks.pdf.
- Ruggie, John Gerard. 2014. Global Governance and “New Governance Theory”: Lessons from Business and Human Rights. *Global Governance* 20(1):5–17.
- Sändig, Jan, und Annette Schramm. 2016. Protest und Widerstand gegen Großinvestitionen im Globalen Süden. *Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung* 5(2):249–262.

- Scheper, Christian. 2019. Menschenrechte als private Legitimitätspolitik. Politische Autorität und völkerrechtliche Rechtfertigung von Unternehmenspraktiken. *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 26(1):5–27.
- Scheper, Christian. 2022. Multiplicity, the Corporation and Human Rights in Global Value Chains. *Cooperation and Conflict* 57(3):329–347.
- Scheper, Christian, und Carolina A. Vestena. 2020. Die Pandemie offenbart die Defizite des transnationalen Menschenrechtsschutzes. Ein Plädoyer für eine Konfliktperspektive auf globale Lieferketten. *Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung* 9(2):429–441.
- Schlimmer, Sina. 2017. Starke InvestorInnen versus schwache Staaten? Zur Komplexität öffentlichen Handelns bei Landtransaktionen am Beispiel des Agrarprojekts von Sun Biofuels in Tansania. *Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung* 6(1):37–72.
- Selwyn, Benjamin. 2019. Poverty chains and global capitalism. *Competition & Change* 23(1):71–97.
- Sproll, Martina. 2022. Social Upgrading in Global Value Chains from a Perspective of Gendered and Intersectional Social Inequalities. In *Economic and Social Upgrading in Global Value Chains: Comparative Analyses, Macroeconomic Effects, the Role of Institutions and Strategies for the Global South*, Hrsg. Christina Teipen, Petra Dünhaupt, Hansjörg Herr, und Fabian Mehl, 145–169. Cham: Springer.
- Sullivan, Rory. 2003. NGO expectations of companies and human rights. *Non-State Actors and International Law* 3(2–3):303–322.
- The IGLP Law and Global Production Working Group. 2016. The role of law in global value chains: a research manifesto. *London Review of International Law* 4(1):57–79.
- Tooze, J. Adam. 2008. *The Wages of Destruction: The Making and Breaking of the Nazi Economy*. New York: Penguin Books.
- Tosstorff, Reiner. 2005. The International Trade-Union Movement and the Founding of the International Labour Organization. *International Review of Social History* 50(3):399–433.
- Tsing, Anna. 2009. Supply Chains and the Human Condition. *Rethinking Marxism* 21(2):148–176.
- Turner, Henry Ashby, Jr. 1969. Big Business and the Rise of Hitler. *The American Historical Review* 75(1):56–70.
- Van Meegdenburg, Hilde. 2017. Nachfrage aus dem ‘Westen’ trifft Arbeit aus dem ‘Süden’: PMSCs und der Einsatz von internationalen ‘labour supply chains’ in der westlichen Kriegsführung. *Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung* 6(2):289–308.
- Veit, Alex, und Daniel Fuchs (Hrsg.). 2023. *Eine gerechte Weltwirtschaftsordnung? Die „New International Economic Order“ und die Zukunft der Süd-Nord-Beziehungen*. Bielefeld: transcript.
- Venzke, Ingo. 2018. Possibilities of the Past: Histories of the NIEO and the Travails of Critique. *Journal of the History of International Law / Revue d'histoire du droit international* 20(3):263–302.
- Werkner, Ines-Jacqueline. 2020. *Friedens- und Konfliktforschung. Eine Einführung*. München: UVK.
- Wettstein, Florian. 2009. *Multinational Corporations and Global Justice: Human Rights Obligations of a Quasi-Governmental Institution*. Stanford, CA: Stanford University Press.

Hinweis des Verlags Der Verlag bleibt in Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutsadressen neutral.